



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

Vom Wesen der Zivilgesellschaft



Vortrag von
Ministerpräsident Winfried Kretschmann
im Neckar Forum Esslingen

am 24. März 2017
in Esslingen, Deutschland

Vorwort

Ministerpräsident Winfried Kretschmann erörterte in seiner Eröffnungsrede am 24. März 2017 beim "Beteiligungskongress Baden-Württemberg" der Allianz für Beteiligung die Bedeutung von der Politik des Gehörtwerdens, der Bürgerbeteiligung und dem Ehrenamt für eine lebendige und starke Demokratie. Denn nach sechs Jahren gehört die Politik des Gehörtwerdens im Land inzwischen zum Alltag. Die Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung und Politik ziehen immer besser an einem Strang. Doch geht es nun darum, die Entwicklung in der Bürgerbeteiligung weiter voranzutreiben und dabei auch neue Wege zu gehen – im Miteinander.

Die Rede können Sie dieser Broschüre entnehmen.

Viel Freude bei der Lektüre!

Ihre Pressestelle der Landesregierung

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung zum diesjährigen Beteiligungskongress. Solch ein Kongress ist gerade in dieser Zeit, in der Europa und die Demokratien unter Druck stehen, ein wichtiges Zeichen. In der die Werte der Aufklärung in Frage gestellt werden. In der sogar fundamentale Grundrechte in Frage gestellt werden: Die Freiheit der Presse, die Religionsfreiheit, die Rechte von Minderheiten.

Ich kann natürlich gut verstehen, dass sich viele Menschen in solchen Zeiten des Umbruchs große Sorgen machen: wegen der Flüchtlingskrise, der Globalisierung, der Digitalisierung oder dem islamistischen Terrorismus. Aber ein Rückfall in den Nationalismus, in Abschottung, in ein autoritäres Gesellschaftsmodell, in illiberale Gesellschaften ist nicht die richtige Lösung für solche Herausforderungen. Im Gegenteil: Ich bin davon überzeugt, nur offene Gesellschaften können die großen Aufgaben, die vor uns liegen, meistern. Denn gerade eine offene Gesellschaft, das sagt ja schon ihr Name, ermöglicht einen klaren, offenen Blick auf die Wirklichkeit und dieser Blick ist die Voraussetzung, um überhaupt richtige und kluge Entscheidungen treffen zu können. Das müssen wir übrigens auch den Anhängern von Präsident Erdogan in Baden-Württemberg sagen: Sein Gesellschaftsmodell ist nicht liberal, wer für seine Verfassungsreform stimmt, stimmt gegen die Freiheiten, die er hier bei uns hat!

Jedenfalls dürfen wir froh sein, dass die Menschen in den Niederlanden in der vorigen Woche die richtige Konsequenz aus der Situation gezogen haben. Dass sie den Rechtspopulisten mit ihrem Wunsch nach einem starken Mann einen Dämpfer versetzt und sich für die Stärkung der demokratischen Kräfte entschieden haben. Und damit auch die Demokratie selbst gestärkt, aber auch ein wichtiges Signal für ganz Europa gesetzt haben. Gerade die Niederlande mit ihrer politischen Kultur, die auf Konsens ausgerichtet ist, zeigen doch, dass die Demokratie eine große Integrationskraft besitzt und auch Probleme lösen kann. Und das ist genau das, was wir heute brauchen: Eine starke Demokratie!

Ich habe gerade vor wenigen Tagen bei der Vereidigung des neuen Bundespräsidenten auch von ihm genau diese Botschaft gehört. Er hat gesagt: „Neutral bin ich schon im Sinne von überparteilich, aber nicht neutral, wenn es um die Parteilichkeit für unsere Demokratie geht.“ Das war eine ganz wichtige und klare Botschaft, die wir alle gerne aufnehmen. Denn wir müssen zeigen, dass die Demokratie die besten Lösungen hat, um mit Umbrüchen und Verunsicherungen umzugehen, und dass wir durch sie am Ende besser dastehen werden als zu Beginn.

Das funktioniert allerdings nur, wenn die Menschen mitmachen! Demokratie bedeutet, dass die Macht vom Volk ausgeht. Dabei wirken die Parteien in der politischen



Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler (l.), Ministerpräsident Winfried Kretschmann (m.) und Minister für Soziales und Integration Manne Lucha (r.)

Willensbildung mit und spielen dabei eine wichtige Rolle. Aber sie sind dennoch nur ein Teil des Ganzen, auch wenn sie natürlich die Zentren der Macht sind und letztlich bestimmen, wer bei uns regiert.

Wenn sich aber eine Partei zum Vertreter des ganzen Volkes ausruft, dann ist Vorsicht geboten! Solche Parteien sagen nur ‚wir vertreten das Volk‘ und wenden sich oft genug gegen das Volk und die Institutionen selbst, so wie wir das gerade bei der AfD hören und erleben. Ich würde sagen: Je stärker und je intensiver sich Bürgerinnen und Bürger einmischen, desto besser. Dazu hat Perikles schon vor 2500 Jahren eine der besten politischen Reden gehalten – seine berühmte Leichenrede nach dem peloponnesischen Krieg, in welcher er denen, die an den Gräbern standen, sagen musste, wie es jetzt weiter geht und worauf wir uns jetzt stützen. Da hat er einen sehr schönen Satz gesagt: Nur bei uns ist ein stiller Bürger kein guter Bürger!

Und das ist es, worum es geht: Dass die Demokratie krankt, wenn Menschen es sich nur bequem machen. Sie krankt, wenn Teile der Gesellschaft den Staat nur noch als Dienstleister sehen, von dem sie als Kunden erwarten, dass er ihre Wünsche möglichst umfassend erfüllt. Aber die Demokratie ist eben kein politischer Konsumtempel, in dem man shoppen geht und kauft, was man so will. Die Stärke der Demokratie ist eben gerade, dass es keinen starken Mann gibt, der sagt, wo es lang geht. Sondern, dass sich die Bürgerinnen und Bürger beteiligen, dass sie mitentscheiden!

1. Politik des Gehörtwerdens

Meine Damen und Herren, für Sie, die Besucherinnen und Besucher des Beteiligungskongresses, ist das eine Selbstverständlichkeit! Daher freue ich mich wirklich, dass Sie so zahlreich hier sind und dass es mehr Anmeldungen als freie Plätze gab. Das ist ein sehr gutes Zeichen! Denn Sie übernehmen Verantwortung. Und das genau heißt Demokratie: Verantwortung zu übernehmen – für uns selbst, für unsere Kinder, für unsere Familien, für das ganze Gemeinwesen. Alle gemeinsam müssen wir einen Weg gehen, der noch stärker als bisher die Vielen einbezieht. Und nicht nur die Wenigen, die in Parlamenten oder Regierungen die politischen Weichen stellen. Das ist das beste Mittel gegen den Verdross, der sich teilweise ausbreitet. Austausch, Diskurs, die gemeinsame Suche nach Lösungen und Kompromissen – das ist der Humus einer offenen Gesellschaft und dazu gehört durchaus auch Streit. Allerdings nur ziviler Streit. Deswegen nennt man sie auch Zivilgesellschaft. Deshalb hat die letzte Landesregierung 2011 die Politik des Gehörtwerdens zu ihrem Markenzeichen gemacht. Und deshalb setzen wir sie in dieser Legislaturperiode kraftvoll fort – mit Staatsrätin Gisela Erler an der Spitze.

Liebe Gisela Erler,

an dieser Stelle möchte ich Dir nochmal ganz herzlich für Dein Engagement danken. Über sechs Jahre macht sie das schon. Das ist das Schöne an Baden-Württemberg. Wir sind das Land des Ehrenamts, aber wir sind auch die einzige Verfassung, in der es ehrenamtliche Ministerinnen und Minister gibt – und eine solche ist die Frau Staatsrätin. Sie ist eine ehrenamtliche Ministerin. Dafür möchten wir nochmals herzlich danken. Denn die Politik des Gehörtwerdens lässt sich nicht von oben verordnen. Man kann sie vordenken und sich darüber klar werden, dass das eine Linie des Regierens ist, aber man kann sie nicht verordnen. Es ist sehr viel Graswurzelarbeit nötig. Diese Arbeit macht Staatsrätin Gisela Erler mit ihrem Team, dem ich auch sehr danke, denn sie hat ja nur eine kleine Stabstelle. Und was sie mit dem kleinen Stab leistet, kann sich mit jedem Ministerium messen.

Vor Ort, in den Gemeinden, bei den Bürgerinitiativen, überall dort, wo das demokratische Getriebe quietscht oder zu knirschen droht, kommen sie mit ihrer Ölkanne und sorgen dafür, dass es wieder rund läuft. Dass die Menschen miteinander reden, einander zuhören, dass sie vernünftige Kompromisse finden! Dass sie die Wahrheit in den Tatsachen suchen. Ohne das können wir letztlich keine Kompromisse finden, das müssen wir immer sehen. Denn das ist gerade in Gefahr.

Das ist natürlich ziemlich paradox, denn erlebnispsychologisch ist für uns Menschen nur wichtig, was mit Gefühl verbunden ist. Aber in einer Demokratie können wir uns nicht über unsere Gefühle einigen, auch nicht über den unterschiedlichen Glauben oder die Weltanschauung, die wir haben. Das kann man nur im gemeinsamen Diskurs

finden, aber immer nur, wenn dieser die Wahrheit in den Tatsachen sucht. Das, was gerade entsteht, nenne ich mal Trumpismus: Dass man behauptet, was man will. Dass man Tatsachen, die einem nicht gefallen als Fake News bezeichnet. Meine Damen und Herren, das ist außerordentlich gefährlich.

Darauf immer wieder Menschen in Konflikten zu verweisen, ist etwas, das Gisela Erler sehr gut macht und kann. Ein wichtiges Instrument ist dabei die Allianz für Beteiligung, die sie 2012 ins Leben gerufen hat und ohne die es diesen Kongress heute nicht gäbe. Auch an Sie, Frau Dr. Freudenberger und Ihr Team, vielen Dank für Ihre Arbeit!

2. Starke Zivilgesellschaft

Baden-Württemberg war schon immer ein Land mit einer starken Zivilgesellschaft. Fast die Hälfte der Menschen im Land, 48 Prozent, engagiert sich ehrenamtlich. Man darf nicht vergessen, der Gemeinderat ist das Hauptorgan einer Stadt oder Gemeinde – er hat das letzte Wort. Wir haben starke Bürgermeister, eine starke Verwaltung, aber das letzte Wort haben die Ehrenamtlichen. Das ist sozusagen eine sehr knitzte Konstruktion unserer Verfassung. Wir haben starke Oberbürgermeister und Bürgermeister mit einer unglaublichen Machtfülle, aber sie haben nicht das letzte Wort, das ist das Entscheidende. Denn das haben die Ehrenamtlichen. Das hat unsere Gemeinden so stark gemacht. Und diese Gemeinderäte machen kontinuierliches Ehrenamt. Ich habe immer sehr großen Respekt vor ihnen, da sie da sehr viel Zeit investieren.

Aber auch die vielen anderen, die sich bei der Freiwilligen Feuerwehr, beim Schützenverein, bei den Landfrauen, in der Musikkapelle, in der Narrenzunft, im Sportverein engagieren. Oder wie wir jetzt gesehen haben in den vielen Gruppen der Flüchtlingshilfe – on Top zu dem was wir hatten, hat sich hier nochmal so viel Engagement gezeigt.

Der Verein hat bei uns im Land eine gute Tradition und unser Land ist stark, weil wir es schaffen, die Tradition mit der Gegenwart zu verbinden. Und wir sollten immer daran denken, dass viele dieser Vereine im Nachgang der gescheiterten 48er Revolution entstanden sind, also nichts Altbackenes waren, sondern etwas Fortschrittliches. Tagsüber in einem hoch innovativen Startup oder in einer Firma zu arbeiten und abends in einem Verein mit langer Tradition mitzumachen: Das ist bei uns kein Widerspruch.

Ich habe das letztens erlebt: Am Beispiel des langjährigen SAP-Vorstandes Gerhard Oswald. Wie sie vielleicht wissen, ist von den zwanzig größten IT-Firmen nur eine europäisch. Das ist SAP: Gott sei Dank im Ländle. Ein ganz bedeutendes Unternehmen. Gerhard Oswald, der diesen Konzern viele Jahre mitgelenkt hat, wurde verabschiedet. Tagsüber war er wichtigster Chef im europäischen Digitalkonzern; abends war und ist er ein Vereinsmensch, wie er im Buche steht. Und es war wirklich sehr berührend,

wie die Belegschaft das gewürdigt hat. Es ist ganz typisch, dass auch Manager großer Betriebe sich bei uns aktiv und ganz selbstverständlich im Ortsverein einbringen. Sie leisten einen unschätzbaren Beitrag zum mentalen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Nicht etwa, weil sie den Staat entlasten, sondern weil sie einen hohen Wert an sich darstellen.

3. Neue Bedeutung von Beteiligung

Aber es ist klar, die Menschen wollen sich nicht nur beteiligen, sie wollen auch mitmachen, sie wollen mitreden, sie wollen mitentscheiden – vor allem bei Angelegenheiten, die sie direkt betreffen. Das zeigt auch der erste Demokratie-Monitor für Baden Württemberg, den unsere Stabsstelle für Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft in Auftrag gegeben hat. Die Studie hat ergeben, dass die Bürgerinnen und Bürger mit dem Funktionieren der Demokratie im Land grundsätzlich zufrieden sind. Gleichzeitig wünschen sie sich mehr Möglichkeiten zum politischen Mitgestalten und Mitentscheiden. Insbesondere die Forderung nach mehr direkter Demokratie ist in allen Umfragen, Gesprächen und Untersuchungen deutlich zu vernehmen.

Die Landesregierung hat also gezielt auf der vorhandenen Stärke in Sachen Beteiligung aufgebaut – und geht nun neue Wege, damit zum Mit-Machen immer mehr Mit-Reden und Mit-Entscheiden dazu kommt. Nach sechs Jahren ist da bei uns im Land ein regelrechter Kulturwandel hin zu mehr Partizipation in vollem Gange. Ein großer Meilenstein dabei ist der Planungsleitfaden, der zunächst einmal die Behörden des Landes verpflichtet, bei Bauvorhaben die Bürgerinnen und Bürger systematisch zu beteiligen. Allein damit ist Baden-Württemberg zum Musterland für dialogische Beteiligung geworden. Darüber hinaus ist es für viele weitere Behörden inzwischen selbstverständlich, die Bürgerinnen und Bürger in ihre Entscheidungen einzubeziehen. Es gibt – mit Unterstützung des Staatsanzeigers – sogar einen Wettbewerb für Leuchttürme der Bürgerbeteiligung. Und allein die Zahl der Bewerbungen beweist, dass sich im Land etwas bewegt hat. Und natürlich gibt es eine lange Reihe von Beispielen für erfolgreiche Bürgerbeteiligung:

- Erst am vergangenen Wochenende haben sich die Bürgerinnen und Bürger in Rottweil mit großer Mehrheit und einer wirklich überzeugenden Beteiligung für den Bau der Hängebrücke entschieden, die die Altstadt mit dem neuen Aufzugstestturm verbinden soll. Und wenn man weiß, wie heftig die Debatten in der Stadt sind, weiß man zu würdigen, was es bedeutet, so etwas hinzubekommen.
- Erst vor kurzem zum Beispiel das Verfahren der Standortsuche für die neue Justizvollzugsanstalt, ebenfalls in Rottweil, die jetzt im Einverständnis mit den Menschen nach einem langen Suchprozess in anderen Orten gebaut wird.
- Immer mehr Menschen nutzen das Beteiligungsportal der Landesregierung, wie

zum Beispiel jüngst bei der Suche nach einem neuen Absprunggelände für die Spezialkräfte der Bundeswehr in Nagold, wo man etwas verlegen musste, damit ein wichtiger Konzern da ein großes Forschungszentrum bauen konnte.

Ein wenig stolz sein können wir auch darauf, was wir in den vergangenen Jahren im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung verändert haben. Zum klassischen Jugendparlament sind neue Formen dazugekommen: zum Beispiel der Achterrat oder jugendliche Gemeindedetektive. Wer als Kind oder Jugendlicher schon erfahren hat, wie Beteiligung geht, der möchte sie auch später nicht mehr missen.

Meine Damen und Herren, nach fast sechs Jahren können wir heute klar sagen: Die Politik des Gehörtwerdens ist ein Erfolgsmodell. Man kann sagen: Sie ist Teil der DNA von Baden-Württemberg geworden! Bürgerbeteiligung und Förderung von Dialog sind zudem die richtigen Antworten auf einen weiteren – grundlegenden – Wandel in unserem Land.

4. Plurale Gesellschaft

Die plurale Gesellschaft, die Vielzahl von Lebensentwürfen hat in unserer Gesellschaft eine Vielzahl von verschiedenen Milieus mit eigenen Kommunikationswegen hervorgebracht. Pluralität existiert oft nicht mehr in einem Miteinander, sondern in einem unverbundenen Nebeneinander, in Zersplitterung, manchmal sogar im Gegeneinander. Bis hin zu Auswüchsen, wenn einzelne Gruppen für sich die absolute Wahrheit reklamieren oder der festen Überzeugung sind, dass nur sie wissen, worin das Allgemeinwohl besteht. Damit einhergehend sind auch die Bindungskräfte der politischen Parteien geringer geworden. Das ist allerdings auch immer ein Auf und Ab, wie wir jetzt an Schulz und der SPD sehen. Es gibt nicht mehr die klassischen Milieus, die durch eine bestimmte Partei vertreten werden.

Umso wichtiger ist es, dieser Zersplitterung entgegenzuwirken! Und zwar möglichst in Begegnungen mit Menschen, die anders denken als man selbst. Eine ehrliche Auseinandersetzung ist oft die Vorstufe eines Kompromisses und der Ausgangspunkt für Veränderung – und damit für die Entwicklung der Demokratie. Und das ist entscheidend: Wir müssen uns immer klar machen, Toleranz in unserer Gesellschaft bedeutet eben nicht, diejenigen zu tolerieren, die genauso denken, wie wir selbst – das ist ein großes Missverständnis. Sondern wirkliche Toleranz heißt, gerade diejenigen zu ertragen, die ganz anders gestrickt sind und anders denken als wir. Und das, wie wir alle wissen, ist zuweilen außerordentlich anstrengend. Das lernt man in einem Verein, wenn man diesen zusammenhalten muss, wenn man Krisen hat – die kommen da genauso vor – da muss man die Auseinandersetzungen so führen, dass man sich nächste Woche noch in die Augen schauen kann. Das ist das, worum es geht.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Beteiligungskongresses „viel<mehr<gemeinsam“ der Allianz für Beteiligung im Neckar Forum Esslingen

Aber auch das Engagement im klassischen Verein ist einem Wandel unterworfen. Die Menschen sind mobiler geworden. Dass man mit 12 Jahren bei der Jugendfeuerwehr eintritt und weit übers Pensionsalter hinaus in den Altenabteilungen aktiv bleibt, ist mittlerweile eine Seltenheit geworden. Der Wunsch, sich zu engagieren, bleibt zum Glück bestehen. Also passen sich die Formen unseren Lebensgewohnheiten an. Zu dem klassischen Verein kommt das Netzwerk oder die Initiative, die sich zusammenfindet, um an ein Problem heranzugehen, – und dann löst man sich auch wieder auf, wenn das Problem gelöst ist oder man verloren hat.

Egal ob Netzwerk, Initiative oder Verein, alle diese Formen der Zivilgesellschaft haben eine wichtige Gemeinsamkeit: Sie sind kleine Schulen der Demokratie! In ihnen lernt man zum Beispiel, das ist ganz wichtig in einer Auseinandersetzung, dass man eben auch verlieren kann. Auch das muss man aushalten und sich nicht in die Schmollecke zurückziehen, sondern weitermachen. Ich bin der Überzeugung, wer nicht verlieren kann, kann auch nicht gewinnen. Deswegen ist es wichtig, solche Erfahrungen zu machen. Wer diese gemacht hat, hat die Chance, mit Vielfalt umgehen zu können und das wird ihm in vielerlei Hinsicht nutzen – im eigenen Freundeskreis, in der Familie, im Beruf. Also unterschiedliche Meinungen zu respektieren, gelten zu lassen, aber auch produktiv damit umzugehen, streiten zu lernen, das lernt man in solchen Zusammenhängen.

Klar, es geht auch immer um die Interessen, das dürfen wir nicht vergessen. Natürlich sieht ein Anwohner an einem Windrad dieses anders als einer, der nicht da wohnt und mehr an die Erhöhung der Gewerbesteuer denkt. Eine Demokratie muss auch verschie-



Das Motto "viel<mehr<gemeinsam" ist Programm!

dene Interessen zusammenführen, die oft hart aufeinander prallen. Das sieht man auch in der Flüchtlingspolitik. Eine Flüchtlingsinitiative ist eine Nicht-Regierungsorganisation und hat natürlich einen anderen Blick und eine andere Aufgabe als eine Regierung. Die kann dieses Thema nicht so behandeln wie eine Bürgerinitiative, da sie an Recht und Gesetz gebunden ist und viele andere Überlegungen anstellen muss, die Menschen, die Flüchtlingen helfen, gar nicht bedenken müssen. Wir in der Regierung haben da oft zusätzlich einen etwas anderen Blick darauf. Das führt natürlich zu Konflikten, aber dazu sind ja auch Beteiligungsverfahren gut, dass alle Interessen auf den Tisch kommen, abgewogen werden und letztlich auch über die Fakten geredet wird. Nur dann können wir etwas machen, das populär ist, aber nicht in Populismus abdriftet. Denn im Populismus kommen nur die Fakten auf den Tisch, die einem gefallen. Das ist der große Unterschied. Kompromisse haben es eben an sich, dass man nicht hundertprozentig zufrieden mit ihnen sein kann. Man setzt sich eben nicht hundertprozentig durch. Aber ich will nochmal ein großes Lob dem Kompromiss machen. Er ist nichts Widerwärtiges oder etwas, was man nur zähneknirschend machen kann. Denn ohne Kompromisse können wir eine solch plurale Gesellschaft, die individualistischer wird, wo der Eigensinn der Menschen größer und nicht kleiner wird, nicht zusammen halten. Also hat der Kompromiss ein Grundrecht.

Unser großer Philosoph Immanuel Kant hat uns eine gute Handreichung gegeben. Er hat sie die Maxime des gemeinen Menschenverstandes genannt, man würde heute sagen des gesunden Menschenverstandes: Selber denken, sich in den anderen hineinversetzen und daraus Schlüsse ziehen – also widerspruchsfrei. Wenn man so einfache

Prinzipien beachtet, muss man auch nicht vor komplizierten Dingen verzweifeln. Es ist ein Problem für uns in der Politik: Die Welt wird komplizierter und es treten immer mehr Leute auf, die mit einfachen Antworten hausieren können, aber in Wirklichkeit geht das nicht. Grundsätze sind immer einfach. Ich habe Ihnen gerade welche genannt. Und diese als Leitfaden zu nehmen, wie zum Beispiel sich in den Standpunkt des anderen hineinzusetzen, von sich Abstand zu nehmen und sich zu fragen, warum redet der so, das ist ganz entscheidend. Ohne das kann man jedenfalls keine guten Kompromisse finden. Und die brauchen wir.

Meine Damen und Herren, genau das haben Sie sich für heute vorgenommen. Das Programm des Beteiligungskongresses ist vielfältig und ich habe mir hier nur einige Punkte herausgepickt: Das Projekt „Gut beraten!“ ist schon heute ein Erfolgsprogramm für Beteiligung im ländlichen Raum. Über 100 Projekte, vom Dorfladen über Energiegenossenschaften bis hin zu Jugend- und Altenhilfeprojekten werden mit Beratungsgutscheinen gefördert und sorgen damit für die nachhaltige Entwicklung durch Bürgerbeteiligung im ländlichen Raum. Respekt! – und auch für die Zukunft meine besten Wünsche dafür!

5. Demokratie weiterentwickeln

Meine Damen und Herren, zum Schluss machen wir uns klar: Demokratie ist nichts Statisches, nichts, das man einmal hat. Sie muss immer wieder neu begründet, neu befeuert und neu mit Leben gefüllt werden. Nur dann hat sie Bestand! Ich muss zugeben, das ist etwas, das ich nicht geglaubt hätte. Dass ich in meinem Alter nochmal für die liberale Demokratie wirklich kämpfen muss. Ich dachte, das ist ein für alle Mal klar. Ein Irrtum!

Dieser Kongress, oder besser, Sie alle können zeigen, wie lebendig die Demokratie in Baden-Württemberg ist! Das hängt davon ab, dass Sie sie immer wieder neu buchstabieren. Dass Sie aber auch zeigen, dass Sie bereit sind, die Verantwortung zu übernehmen. Und dass Sie zeigen, dass ein Kraut gegen Populismus und Nationalismus gewachsen ist – nämlich sich selber einzubringen und reinzuhängen. Ich wünsche Ihnen viele interessante Gespräche, einen fruchtbaren Austausch und alles Gute.

Und einfach zum Schluss: Danke, dass Sie sich so engagieren!



Winfried Kretschmann
Ministerpräsident von Baden-Württemberg



Baden-Württemberg
STAATSMINISTERIUM

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Staatsministerium
Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Str. 15
70184 Stuttgart